

CDU: Jugendtäter länger in Arrest

Die **Justizminister** der unionsregierten Länder haben sich auf eine drastische **Verschärfung** des **Jugendstrafrechts** geeinigt. Die SPD kündigte Widerstand an. SPD-Chef Kurt Beck warnte angesichts der heftigen Kriminalitäts-Debatte vor einer „Spaltung der Gesellschaft“.

VON MICHAEL BRÖCKER

BERLIN Wenn es nach dem Willen der unionsgeführten Länder geht, wird es nun ernst für kriminelle Jugendliche. Die Justizminister haben auf einem Sonderkongress in Berlin einen drastischen Forderungskatalog aufgelegt, mit dem das Jugendstrafrecht verschärft und junge Straftäter härter zur Rechenschaft gezogen werden können.

Zu den Maßnahmen gehören der „Warnschuss-Arrest“ als Ergänzung zur Bewährungsstrafe, eine Ausweitung der nachträglichen Sicherungsverwahrung bei besonders gefährlichen Tätern, die Herabsetzung der Höchststrafe für Jugendliche auf 15 Jahre und ein Fahrverbot als Sondersanktion auch außerhalb von Delikten im Straßenverkehr. „Die SPD und ihre Ministerin Zypries stehen bei diesem Thema seit mehr als vier Jahren auf der Reformbremse“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung, der sich überraschend auch FDP-Justizminister Ulrich Goll aus Baden-Württemberg anschloss.

Eine Initiative im Bundesrat soll nun folgen. Diese dürfte allerdings auf Widerstand in Berlin stoßen. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) lehnte die Maßnahmen umgehend ab und betonte, dass ein gleichlautender Bundesratsantrag schon im vergangenen Jahr an der schwarz-roten Koalitionsregierung gescheitert sei. „Mit den Stimmen der CDU-Minister im Bundeskabinett“, so Zypries.

Um eine sachliche Auseinandersetzung geht es den Koalitions-Parteien wenige Wochen vor den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen offenbar nicht mehr. Gestern griff SPD-Fraktionschef Peter Struck Kanzlerin Angela Merkel (CDU) scharf an. Es sei „erschreckend“, dass sich die Kanzlerin und CDU-Vorsitzende den Parolen des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) anschließen. SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz nannte das Verhalten von Koch, der mit drastischen Forderungen die Debatte vor einigen Wochen ausgelöst hatte, „schamlos und unverfroren“. Der SPD-Parteivorsitzende Kurt Beck warnte angesichts der Heftigkeit des Streits vor einer Spaltung der Gesellschaft und einer Diskreditierung der ausländischen Jugendlichen. Der CSU-Vorsitzende Erwin Huber entgegnete, dass die SPD „blind gegenüber den Aufgaben der Politik“ sei und forderte die Sozialdemokraten auf, die „Kampagne“ gegen CDU, CSU und die Bundeskanzlerin aufzugeben.

Im Zentrum der Kritik bleibt Hessens Ministerpräsident Roland Koch. Nachdem der Zentralrat der Juden vor wenigen Tagen die Wahlkampf-Rhetorik von Koch in die Nähe der rechtsextremen NPD stellte, kam gestern auch Widerspruch von der Polizeigewerkschaft. „Die Vorschläge von Roland



Jugend-Gang in **Berlin-Kreuzberg**: Solche Gruppen können für Jugendliche zur Ersatzfamilie mit eisernen Regeln werden.

FOTO: YAVUS ARSLAND/ DAS FOTOARCHIV

Koch sind total unseriös und verlogen.“ sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg. „Man muss immer anfangen bei den Ursachen, das ist Bildung, Integration, Ausbildung. Das Zweite ist dann das Entdeckungsrisiko; das ist die Polizei, die effizient sein muss. Und als Drittes kommt, dass die Strafe auf dem Fuße folgt. Das ist der entscheidende Punkt bei allem.“

Beschleunigte Strafverfahren sieht auch die SPD als ideale Maßnahme, um jugendliche Straftäter zur Rechenschaft zu ziehen. „Wir haben kein Gesetzesdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit“, sagte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann. „Die Strafe muss auf dem Fuße folgen.“ Süssfaint verweisen die Genossen auf die Bilanz Kochs in seinem Bundesland. So würden die Gerichtsverfahren vor den Großen Jugendkammern in Hessen im Schnitt acht Monate und damit bundesweit am längsten dauern, zitieren die SPD-Wahlkämpfer das Bundesamt für Statistik.

INFO

Bürger sind skeptisch

Die Mehrheit der Bundesbürger, 55 Prozent, glaubt nicht, dass sich strengere Gesetze auf die Zahl der Straftaten durch Jugendliche auswirken würden. Das ergab eine Emnid-Umfrage. **58 Prozent** sind der Umfrage zufolge der Ansicht, dass die **CDU** das Thema Jugendkriminalität aus **strategischem Kalkül** angepackt habe.

Die Wut der dritten Generation

BERLIN Der Migrationsforscher Klaus J. Bade, der an der Universität Osnabrück lehrt, warnt, dass es in Deutschland mit ausländischen Jugendlichen ähnlich dramatische Entwicklungen geben könnte wie in Frankreich. Mit ihm sprach unser Redakteur Stefan Reker.

Hat die Gewaltkriminalität von Jugendlichen mit Zuwanderung zu tun?

Bade Die polizeiliche Kriminalstatistik gibt keinen Hinweis darauf, dass Ausländer gewalttätiger sind als Deutsche. Es gibt aber bestimmte Milieus, ausländische wie deutsche, die zur Gewalt neigen, und nur dort eskaliert die Gewalt. Sehr unterschiedlich ist die öffentliche Einschätzung: Bei gewalttätigen Ausschreitungen von Deutschen gegen Ausländer wird in aller Regel ein „ausländerfeindlicher Hintergrund“ demontiert. Bei Übergriffen von Ausländern auf Deutsche steht sofort die ausländische Staatsangehörigkeit der Täter im Vordergrund.

Wird das Thema also aufgebauscht?

Bade Ein seriöser Blick in die Statistiken zeigt: Die Jugendgewalt insgesamt geht seit Jahren stetig zurück. Gewaltkriminalität Mehrfach Täter sind eine sehr kleine, aber im Blick auf ihre physisch und psychisch oft schwer verletzten Opfer verheerende Minderheit, die vollkommen ausgerastet ist und bei der sich die Probleme potenzieren. Dieses Milieu ist meist sehr genau lokalisierbar bei kaputten Elternhäusern, in

denen asoziales Verhalten herrscht und rundum geprägt wird, wo die Eltern schon aus dem sozialen Raster gefallen sind und die Kinder dies umso mehr tun.

Wie soll der Staat mit solchen Gewalttätigen umgehen?

Bade Wichtig ist, dass die Jugendlichen rasch und hart bestraft werden, damit sie die Folgen ihrer Taten sofort spüren. Auch Altersfragen müssen schärfer gewichtet werden: Das eher für den Sonderfall gedachte, aber fast durchweg angewandte milde Jugendstrafrecht für 18-21 Jahre alte Schläger ist ein Treppenwitz. Ich warne aber vor einer Hysterisierung mit dem falschen Vokabular: Wenn man die Täter als harte, gefährliche Typen darstellt, macht sie das nur zu Helden in ihrem geistigen Wild-West-Milieu.

Was soll stattdessen geschehen?

Bade Die Reaktion muss sein: Wer schlägt, ist nicht stark, sondern schwach und psychisch gestört. Er gehört nicht in einen seine Opfer verhöhrenden und oft weiter bedrohenden Freilauf unter Bewährung. Er gehört zur Beobachtung in die Psychiatrie. Das wäre eine soziale Ächtung im Milieu. Auch die Strafen sollten ächtend wirken. Haftstrafen auf Bewährung führen nur zu einem Achtungsgewinn in diesem Milieu. Eine sozial ächtende Strafe, die an der Macho-Männlichkeit zehrt, wäre z.B. ein halbes Jahr Führerschein-Entzug.

Sie warnen vor einer wachsenden Empörung der Kinder von Zuwanderern.

Bade Bei uns wächst eine zunehmende Zahl von Jugendlichen der dritten Einwanderergeneration nach wie vor als Ausländer heran, obwohl schon ihre Eltern in Deutschland geboren wurden. Das ist ein Armutsergebnis für ein Einwanderungsland. In 20, 30 Jahren werden in Deutschland insgesamt 30 bis 40 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund leben. Wenn ein wachsender Teil davon Ausländer bleibt, steht das kein Staat auf die Dauer durch. Ohnehin werden wir die Empörung der zweiten und dritten Ausländergeneration schon sehr bald noch sehr viel deutlicher zu spüren bekommen.

Wie wird sich das äußern?

Bade Es ist absehbar, dass Menschen, die schon lange im Lande leben, immer weniger verstehen, dass sie ständig benachteiligt werden: in den Schulen, wo sie oft trotz gleicher Begabung keine Empfehlung zum Gymnasium bekommen; in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt, wo sie nachweislich schlechtere Chancen haben und auch bei gleicher Leistung gegenüber Deutschen benachteiligt werden. Wenn die jungen Leute sich nicht über gleichberechtigte Teilhabe integrieren können, wird bei ihnen irgendwann die stille Wut darüber offen ausbrechen. Die Unruhen in Frankreich wurden in deutschen Innenministerien nicht ohne Grund so besorgt beobachtet.

Aufstand der Jungen gegen Grünen-Spitze

VON STEFANIE WINKELNKEMPER

WÖRLITZ Eine Gruppe junger Grüner begehrt gegen die Partei- und Fraktionsspitze auf. Ihr Anführer ist der finanzpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Gerhard Schick (35). Er legte gestern zum Auftakt der Neujahrsklausurtagung im sachsen-anhaltischen Wörlitz ein Positionspapier vor. Darin fordert die Gruppe mehr Wagemut, mehr Profilierung und Spitzen-Grüne „mit klar wahrnehmbaren Positionen“. Es klingt durch, dass den Autoren die derzeitige Besetzung um Kuhn, Künast, Bütikofer, Roth und Trittin etwas blass erscheint. Das Papier der Jungen war die Überraschung bei der Klausurtagung der 51-köpfigen Bundestagsfraktion der Grünen in Wörlitz.

Renate Künast reagierte auf den Weckruf forsch: „Nur zu! Debatten sind erwünscht.“ Gegenüber unserer Zeitung sagte Schick: „Die Führung hat in den letzten Debatten kein Profil gewonnen.“ Bislang ist offen, wie die Grünen in die Bundestagswahl 2009 gehen. Zur Debatte steht eine Urabstimmung der Parteibasis über die Spitzenkandi-



Hinter Sonnenblumen: Renate **Künast** und Fritz **Kuhn** in Wörlitz. FOTO: AP

daten oder eine Entscheidung beim Bundesparteitag. Die jungen Autoren wollen stattdessen, dass Leitprojekte entwickelt werden – mit Personen, die dafür stehen.

Für 2008 einigten sich die Abgeordneten auf die Arbeitsschwerpunkte Klimaschutz, Verbraucher- und Bürgerrechte, soziale Grundversicherung, Politik für Kinder sowie eine gerechte Globalisierung. Zur Finanzierung ihrer Sozialpolitik forderten sie eine höhere Einkommensteuer für Gutverdiener. Gegen die Vorratsdatenspeicherung kündigten sie eine Verfassungsklage an. Wichtigstes Ziel für 2009: als drittstärkste Kraft in den Bundestag einzuziehen.

Merkel-Biograph: Sie will „Schwarz-Grün“

VON REINHOLD MICHELS

DÜSSELDORF Für den Bonner Politikwissenschaftler Gerd Langguth wäre eine schwarz-grüne Regierung nach der Hamburg-Wahl am 24. Februar ein ideales Pilotprojekt für eine Bundesregierung von CDU/CSU, FDP und Grünen („Jamaika-Koalition“) ab 2009. Der Merkel-Biograph Langguth sagte im Gespräch mit unserer Zeitung zur Diskussion über eine erste schwarz-grüne Landesregierung im Stadtstaat Hamburg: „Angela Merkel und der Hamburger CDU-Spitzenkandidat und Erste Bürgermeister Ole von Beust werden alles auf ‚Schwarz-Grün‘ setzen, wenn es nach dem 24. Februar zum gemeinsamen Regieren reicht.“

„Schwarz-Grün“ würde zwar im traditionellen Teil der CDU Grummeln auslösen und den Verdacht verstärken, dass die Ostdeutsche Merkel eben keine Ur-Christdemokratin sei, aber: „Diesem Verdacht bleibt sie in ihrer Partei sowieso ausgesetzt.“ Für den Politikfachmann würde „Schwarz-Grün“ sowohl Union als auch Grünen nützen. Letztere könnten sich aus der

„babylonischen Gefangenschaft“ zur SPD lösen und wieder im Bund und in Ländern mitregieren: „Dass sie das derzeit nur im kleinsten Land Bremen tun, merkt außerhalb Bremens kaum jemand. Auch den Grünen gehe es letztlich um politische Macht, sie wüssten, dass sie auf Regierungsbeteiligung angewiesen sind.“

„Schwarz-Grün“ werde auch deshalb realistischer, weil es auf Stadtebene, etwa in Frankfurt am Main, funktionierende Bündnisse gebe und weil die Grünen immer bürgerlicher würden, mehrheitlich keine Bürgerschrecks mehr seien: „Natürlich gibt es bei ihnen noch Höhn, Trittin oder Claudia Roth, die eher für einen Links-Kurs stehen, aber da wird sich in den nächsten Jahren zwangsläufig etwas verändern: ‚Claudia Roth ist schließlich nicht die einzige, die die Grünen repräsentiert, da gibt es zahlreiche Vertreter, die intelligent und vernünftig argumentieren.‘ Im Übrigen, so Langguth, zeige die ablehnende Haltung der Grünen zur embryonalen Stammzellforschung, dass sie auf dem Sektor konservativer seien als die CDU-Vorsitzende Merkel.“

KOMPAKT

Regierung lockert Schutz vor Investoren aus dem Ausland

BERLIN (rtr) Die Bundesregierung lockert ihren Gesetzentwurf zum Schutz deutscher Unternehmen vor unerwünschten ausländischen Firmenkäufern. Investoren mit Sitz in der Europäischen Union sollen von der geplanten Regel im Außenwirtschaftsgesetz ausgenommen werden, berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ unter Berufung auf Regierungskreise. Vorgesehen ist, dass die Regierung ausländischen Investoren die Beteiligung an deutschen Unternehmen von mehr als 25 Prozent des Kapitals untersagen kann. Die Ressortabstimmung innerhalb der Bundesregierung sei weitgehend abgeschlossen, berichtete die Zeitung weiter. Allerdings sollen die in der Frage meist kritischen Wirtschaftsverbände noch einmal angehört werden.

Gebühr zur Finanzierung von Wachleuten im ÖPNV?

OSNABRÜCK (ap) Der hessische Innenminister Volker Bouffier (CDU) hat eine Sicherheitsgebühr für Fahrgäste im öffentlichen Nahverkehr angeregt. Wenn die Verkehrsbetriebe eine ausreichende Zahl von Wachleuten in Bussen und Bahnen allein nicht finanzieren könnten, „ließe sich auch ein kleiner Sicherheitszuschlag von den Fahrgästen erheben“, sagte der Koordinator der Unions-Innenressorts der „Neuen Osnabrücker Zeitung“.

NRW: SPD und Grüne rufen Verfassungsgericht an

DÜSSELDORF (hüw) SPD und Grüne halten das Polizei- und das Verfassungsschutzgesetz für verfassungswidrig und haben daher den NRW-Verfassungsgerichtshof angerufen. Beide Gesetze schützten nicht ausreichend die Privatsphäre der Bürger, sagten Monika Düker (Grüne) und Karsten Rudolph (SPD). Das Bundesverfassungsgericht befand sich bereits mit einer Klage von Gerhart Baum (FDP) gegen das Verfassungsschutzgesetz. Dabei geht es vor allem um das Ausspähen privater Computer. Innenminister Ingo Wolf (FDP) hielt der SPD vor, sie selbst habe seinerzeit die Wohnraumüberwachung beschlossen.

Recht auf Satellitenschüssel aus religiösen Gründen

MÜNCHEN (kna) Hauseigentümer müssen hinnehmen, dass ein Mitbewohner aus religiösen Gründen eine Satellitenschüssel anbringt. Das Münchner Oberlandesgericht gab einer türkischen Familie Recht, die der islamischen Religionsgemeinschaft der Aleviten angehört. Zuvor hatte die Eigentümerversammlung ihr verweigert, eine Parabol-Antenne anzubringen. Das OLG entschied, dass das Recht auf Informations- und Religionsfreiheit die Rechte der Miteigentümer überwiege.

„Spickmich“: Lehrerin zieht Klage zurück

KÖLN (RP) Wenige Stunden vor Prozessbeginn um das Internet-Portal „Spickmich“ hat eine von zwei Lehrerinnen ihre Klage zurückgezogen. Die Lehrerin hatte ihre Benotung durch Schüler auf dem Internet-Portal verhindern wollen. Nun werde sich das Landgericht lediglich mit dem Hauptsacheverfahren einer Gymnasiallehrerin befassen, die sich durch ihre Benotung auf „Spickmich“ verunglimpft sieht. Ihre Rechtsanwaltskanzlei erklärte, es werde eine Grundratsentscheidung beim Bundesgerichtshof oder beim Bundesverfassungsgericht angestrebt.

Helmut Schmidt: Wehner streichelte einem die Hand



Herbert **Wehner** FOTO: B. FRIEDRICH

HAMBURG (RP) Der als bärbeißig bekannte frühere SPD-Fraktionschef Herbert Wehner hatte nach Erinnerung von Ex-Bundeskanzler und Zeit-Herausgeber Helmut Schmidt eine ungewöhnliche Methode der Entschuldigung nach seinen gefährdeten Wutausbrüchen: „Ich kann mich erinnern, dass er einem manchmal die Hand streichelte. Das war seine Geste der Wiedergutmachung“, sagt Schmidt der Zeit. Wehner, Schmidt und der SPD-Vorsitzende Willy Brandt wurden als Troika bezeichnet und gelten als eines der erfolgreichsten Personalgespanne der SPD.